

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.  
Verlagsnummer 25 241  
Star für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise.  
In Dresden und anderen bei täglich zweimaliger Lieferung über den Post-  
amtlichen Postweg monatlich 11,- M., vierteljährlich 32,- M.  
Die einmalige 37 mal breite Seite 5,- M., fünfmalige 25 mal breite Seite  
10,- M., dreimalige 25 mal breite Seite 7,- M., zweimalige 25 mal breite Seite  
5,- M., einmalige 25 mal breite Seite 3,- M. (Zurücknahme der Anzeigen  
nach dem Erscheinen der Druckbogen ist ausgeschlossen.)

Schriftleitung und Anzeigenschlüssel:  
Merkelstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Henschel & Wiedemann in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

**Hast Du Augengläser nötig, gehe zu Gebrüder Roettig, Dresden=U. Prager Straße 23**

## Die Neugestaltung des Heeres im Reichstag.

### Gegner gegen die Mäße von der moralischen Abstraktion.

**Donnerstag, 9. März.** Im Reichstag wurde heute der Gegenentwurf zur Neugestaltung des Heeres in der 2. Lesung angenommen. Nach dem Auslande dürfen nur Beiträge von höchstens 20 000 Mark mitgenommen werden. Die Vorlage hat bis zum 31. Dezember 1922 Geltung. — Darauf wurde

die zweite Lesung des Brautweinmonopolgesetzes fortgesetzt. Nach § 42 wurde folgender Kompromißantrag angenommen:

Landwirtschaftliche Versuchsanstalten, die alle Brenn-  
geräte während des Krieges für Heereszwecke abgeliefert  
haben, können, solange sie ihre Brennereien nicht betriebs-  
fähig hergerichtet haben, den Brennereibetrieb auf einer  
anderen landwirtschaftlichen Versuchsanstalt in einer  
Entfernung von nicht mehr als 15 Kilometern mit der Erlau-  
bung ausüben, daß der Brautwein als in der eigenen  
Brennerei hergestellt gilt.

Beiliegend wurde weiter, daß der Reichsfinanzminister  
für eine Zeitdauer bis zu fünf Jahren nach dem Inkraft-  
treten dieses Gesetzes auch andere als die im Gesetz fest-  
gesetzten, bisher abgekauften Brennereien zur Abfindung  
weiter zulassen kann.

Nach § 118 sind aus der Monopoleinnahme jährlich  
30 Millionen Mark zur Bekämpfung der Tuberkulose, der  
Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten zur Verfügung zu  
stellen,

ferner 12 Millionen Mark zur wissenschaftlichen Er-  
forschung und Förderung des Kartoffelbaues und der Kar-  
toffelzucht,

ferner 16 Millionen Mark zur Ermöglichung der Kosten  
der weingewerblichen Beihilfen für die minderbemittelten  
Vollweine bis zum 31. September 1923,

4 Millionen Mark zur Bildung eines Unterstützungsfonds  
für Angestellte und Arbeiter des Brennereiwesens und

schließlich bis zu 30 Millionen Mark zur Verbindung  
des öffentlichen Verkehrs und in Vorrichtungsanlagen ver-  
wendeten Brautweins. Als zur Abfindung über ver-  
schiedene eingegangene Anträge beschlossen werden sollte,  
ergab sich die Beschlußfassung des Hauses, so daß die  
Einnahme zunächst für kurze Zeit unterbrochen werden mußte.

In der neuen Sitzung wurden sämtliche Anträge zum  
§ 118 abgelehnt. Die Ausdehnung wurde abgelehnt.  
§ 120 erhielt nach einem Antrag Müller-  
Franken (Soz.), v. Gunderad (Zentr.), Schiele (D.N.),  
Beder-Hellen (D. Ep.), Ertelens (Dem.) folgende  
Fassung:

Brautwein jeder Art, dessen Verkauf oder Erwerb von  
dem Käufer oder dem Anhaber nicht nachgewiesen werden  
kann, Brautwein- und Brautweinerzeugnisse, die im  
Handel nicht vorchriftsmäßig verpackt oder bezeichnet an-  
geboten werden, sowie Traubensaft, die den Vor-  
schriften hinsichtlich des Weingehalts nicht entsprechen,  
unterliegen der Einziehung.

Bei einer weiteren Abstimmung ergab sich wiederum  
Beschlußfassung des Hauses, so daß wieder eine neue  
Sitzung einberufen werden mußte, auf deren Tagesordnung  
der Haushaltsplan des Reichswehrministeriums  
gestellt wurde. Die zweite Lesung der Brautweinmonopol-  
vorlage war damit unterbrochen.

In der dritten Sitzung verhielt sich zunächst Abg. Stülken  
(Soz.) über die Ausschussverhandlungen. Es wurden dabei  
in erster Linie Versorgungs- und Ausbildungsfragen erörtert.  
Der Ausschuss fordert in einer Entschließung, daß An-  
gehörige der früheren Wehrmacht, insbesondere Kriegs-  
gefangene, auch jetzt noch die Möglichkeit haben sollen, das  
Eiserne Kreuz zu erhalten.

### Reichswehrminister Dr. Gehler:

Der vorliegende Etat hat seine besondere Bedeutung  
darin, daß in ihm zum ersten Male die Neuorganisa-  
tion von Heer und Marine nach den Bestimmungen  
des Friedensvertrages voll zum Ausdruck kommt. Auf  
Grund des Ultimatus ist nun auch die ganze Heeresver-  
waltung von der Militärverwaltung aufgebaut worden.  
Darin steht eine ganz gewaltige Arbeit, die auch  
von den verschiedenen Seiten anerkannt worden ist. Man  
muß jetzt aber auch endlich an den energischen Abbau der  
feindlichen Kontrollkommissionen denken, die uns so un-  
gehörene Lasten auferlegen. Die Vorwürfe in der Presse  
unserer ehemaligen Gegner, als ob wir durch ein  
sogenanntes Krümpersystem

die Ruhe der Welt gefährdeten, können hier mit aller Ruhe  
zurückgewiesen werden. Vor dem Kriege hätte man viel-  
leicht an etwas Derartiges denken können. Nach den Er-  
gebnissen des Weltkrieges aber ist mit den Mitteln Schwarz-  
forts ein Neuaufbau nicht mehr zu führen. Mit wenigen  
hunderttausend Mann, die etwa in einer Heimlichkeit aus-  
gerüstet werden, können wir nicht erreichen, die wären nur  
feindliches Kanonenfutter.

### Die moralische Abstraktion.

von der immer gesprochen wird, wird allerdings auf dem  
Wege, den die Entente uns gegenüber einschlägt, nicht ge-  
lingen. Wenn andere Völker bis an die Zähne bewaffnet  
dastehen und wenn wir als 60-Millionen-Volk bedrückt  
müssen, daß uns jeden Augenblick die Faust an die Kehle  
gelegt werden kann, so ist das nicht der Weg, der zur mora-  
lischen Abstraktion führt. Wir erwarten unser Teil nur  
von dem Siege des Rechtes.

Einige Worte noch über den  
inneren Aufbau des Heeres.

Es wird darauf hingewiesen, die Kosten der Reichs-  
wehr seien höher als die unseres Heeres vor dem Kriege.  
Wir müssen da bedenken, daß das, was im Etat steht,  
Papier in der Hand ist. In Geldwerten geben wir viel weniger  
aus als vor dem Kriege. Abgesehen von dieser finanziellen  
Bemerkung muß ich darauf aufmerksam machen, daß jetzt  
erst das Heer sich ausbildet. Natürlich muß eine  
Waffe nach jeder Richtung hin ausgebildet werden. In  
diesen Tagen ist eine Bestimmung unserer Militärver-  
waltung angegriffen worden. In dieser Bestimmung ist  
nur zum Ausdruck gekommen, was der Reichstag wünscht,  
daß die Militärverwaltungen nicht zu Paradedritten aus-  
gebildet werden, sondern für ihren wirklichen Zweck. Das  
ist für einen Abwehrkrieg ausgebildet werden soll, davon  
ist gar keine Rede.

Die militärische Ausbildung der Truppen  
hat im vorigen Jahre gute Fortschritte gemacht, aber ein  
schweres Stück Arbeit liegt noch vor uns. Über ein Viertel  
des jungen Offizierskorps hat überhaupt noch keine Friedens-  
ausbildung genossen. Ich vermute mit viel davon, daß die  
Truppen sehr wieder in ihren Garnisonen liegen, und daß  
ich jetzt der Einfluß der älteren Offiziere geltend mache.  
Ich habe im Anschluß die Frage, ob das Heer seine ver-  
sicherungsmäßige Pflicht tun wird, rundweg bejaht. (Dort!  
Dort! bei den Kommunisten.) Ich sage das nicht ohne  
Grund. Das Heer hat, solange ich im Amt bin, nicht den  
geringsten Verlust gemacht, sich in die Politik, namentlich  
in die auswärtige Politik der Regierung einzumischen. Das  
ist doch der Gegensatz zwischen dem Wehrkorps, die ich bei  
jeder Gelegenheit einmischen und der Regierung Schwierig-  
keiten machen. Für die Führer glaube ich jede Garantie  
abnehmen zu können. Zwischenfälle beflagt niemand  
mehr als ich. In allen schweren Fällen habe ich die Ver-  
antwortung der betreffenden Herren vorgenommen. Für

### Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann

erhoffe ich mir viel von dem gemeinsamen Sport. Nach den  
neuen Vorschriften muß jeder Offizier mindestens zwei  
Jahre bei der Truppe arbeiten haben, er auf die  
Offizierschule kommt. Der staatsbürgerliche Unterricht im  
Heere ist nicht nur eine Fortbildung, sondern er soll  
den Mannschaften die stilles Grundgesetz geben. Er soll in sich  
sittlich geachtete Männer erziehen. Ich halte es  
für gerechtfertigt, hervorzuheben, welche schweren Sorgen  
auf den Angehörigen des Heeres lasten. Namentlich die  
Wohnungsfrage war außerordentlich drückend für die ver-  
heirateten Unteroffiziere und Offiziere. Wir brauchen, daß  
die Mittel zum Wohnungsbau für die Verheirateten er-  
höht werden sind. Die Verhandlungen der Heeres-  
und Marinekammern sind mit der allergrößten Sachlichkeit ge-  
führt worden.

### Das Eiserne Kreuz

ist eine preussische Auszeichnung, und über keine Verleihung  
hat die preussische Regierung zu bestimmen. Ich habe es  
als Pflicht betrachtet, allen ehemaligen Heeresangehörigen  
diese Auszeichnung zu verschaffen, wenn sie sie verdient  
haben. Die ich jedoch nur verliehen werden, wenn sie vor  
dem Feinde verdient worden ist. In der Marine ist die  
Notwendigkeit, nur eine geringe Anzahl von Schiffen zu  
halten, für die Ausbildung und Unterbringung des tech-  
nischen Personals mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Sie  
werden aber hoffentlich bald beseitigt werden können. Trotz  
dieser Schwierigkeiten haben unsere Kreuzer schon Gelegen-  
heit gehabt, im Atlantischen Ozean ein Liebeswerk  
für die eingezogenen Schiffe zu vollbringen.  
Mannschaften und Offiziere haben sich dabei mit dem größten  
Eifer und Opferung betrogen. Die Kreuzer, die dort als Eisbrecher  
dienen mußten, sind dabei natürlich beschädigt worden. Aber  
dieser Schaden ist klein im Verhältnis zu dem Schaden, der  
im Verlauf der eingetragenen Handelschiffe entstanden wäre.  
Zum Schluß gebe ich dem Haupte Ausdruck, daß unserem  
Heere eine ruhige stille Entwicklung beschieden sei,  
daß die Erziehungswelt, die das Heer nach unserer Ver-  
fassung leisten soll, nicht unterbrochen wird, daß dadurch eine  
feste Brücke zwischen Volk und Heer geschaffen wird und  
dass, wenn wir auch eine allgemeine Wehrpflicht nicht mehr  
haben, sich zwischen Heer und Volk eine Verbindung an-  
knüpft, die uns die allgemeine Wehrpflicht er-  
setzt. (Beifall.) — Das Haus vertagt sich darauf auf  
Dienstag.

### Ablehnung des Ersuchens Kapps.

Leipzig, 10. März. Der mit der Appropriaateneigenschaft  
belegte Untersuchungsrichter beim Reichsgericht hat, wie die  
„Sächs. Korrespondenz“ an zuständiger Stelle erfährt, ent-  
sprechend dem Antrag des Oberreichsanwalts, das Er-  
suchen Kapps um Verhinderung mit der Untersuchung  
haft und um freies Geleit abgelehnt. Kapp, gegen den be-  
kanntlich das Verbot noch in Kraft steht, nimmt das  
Recht zu, Beschlüsse des 1. Straifenst des Reichsgerichtes  
einzuholen. Ueber die Gründe, die zur Ablehnung des Er-  
suches geführt haben, verlautet noch nichts.

### Pöbelherrschaft in Südafrik-

Rhodesburg, 10. März. (Mentz.) Im Süden und  
westlichen Industriegebiet hat der Pöbel die Oberhand  
genommen. Der Versuch von Kapstadt ist bei Germiston  
zur Entgleisung gebracht worden. Personen sind nicht ver-  
letzt. In Durban hat der örtliche Gewerkschaftsverband  
den Generalstreik für heute abend ausgerufen. (W. T. N.)

Kapstadt, 10. März. An einer Rede erklärte General  
Smuts, das Land befände sich einer Lage gegenüber, die  
zu den ernstesten gehört, die je in Südafrika eingetreten  
seien.

## Amerikas Abgabe.

Amerikas Ablehnung der Teilnahme an der Konferenz  
von Genoa kommt für niemanden überraschend. Un-  
abhängig war im Verlaufe der letzten Wochen in der Presse  
die Stellung der Vereinigten Staaten zum englisch-französi-  
schen Plane einer europäischen Wirtschaftskonferenz erörtert  
worden, und was sich aus dem Für und Wider immer deut-  
licher herausstellte, das war das, was nun eingetreten ist:  
die amerikanische Abgabe. Die Gründe, von denen sich die  
Regierung Harding bewegen ließ, sich auch diesmal dem  
europäischen Schanzplatz fernzuhalten, gehen nur zum Teil  
aus der Antwortnote des Washingtoner Kabinetts an die  
italienische Regierung hervor. Am erscheinenden und am  
vorliegenden dürfte sie der angelegentlich amerikanischen Publika-  
tion Frank S. Simonds in den „Times“ wiedergegeben haben,  
noch ehe die offizielle Abgabe Washingtons erfolgt war.  
Simonds verweist vor allen Dingen auf die völlige Ueber-  
zeugung Amerikas bei der Festlegung der Konferenz über-  
haupt. Man habe in Amerika mit Ueberraschung die Kon-  
ferenzpläne Bonomis und Mond Georges in den Blättern  
gelesen, ohne von irgendeiner alliierten Seite her vorher  
darauf informiert worden zu sein. Ganz sicher liegt hierin  
ein erster oberflächlicher Anstoß zur Nichtteilnahme  
gegenüber der Konferenz. Allerdings hätte dieser Grund  
allein kaum eine Abgabe Harding herbeigeführt, wenn nicht  
wirklich praktische Erwägungen für eine amerikanische Teil-  
nahme an der Genueser Zusammenkunft vorhanden gewesen  
wären. Diese lagen zunächst darin, daß Amerika zur Fest-  
legung des Konferenztermins nicht mit herangezogen wor-  
den war. An einer Konferenz im März, wie sie ursprüng-  
lich geplant war, konnte eine Vertretung der Washingtoner  
Regierung nicht teilnehmen, da das sehr leicht zu inner-  
politischen Schwierigkeiten in den Vereinigten Staaten hätte  
führen können. Man muß sich vergegenwärtigen, daß gerade  
jetzt im Senat die äuserst wichtigen und entscheidungsvollen  
Verhandlungen über die Ratifizierung der Washingtoner  
Verträge vor sich gehen, von deren Erfolg ein guter Teil  
des Ansehens, ja vielleicht der Existenz des Kabinetts Har-  
ding abhängt. Der amerikanische Präsident hat die Sena-  
toren unlängst mit Beschwerden und Drohungen davon  
zu überzeugen versucht, daß sie die sieben Verträge der Ab-  
rüstungskonferenz unbedingt ratifizieren müßten, da deren  
Ablehnung durch den amerikanischen Senat eine Ratifizie-  
rung unmöglich und die ganze Konferenz damit wertlos  
mache. Er soll sogar gedroht haben, mit Quibus zurückzu-  
treten, wenn man im Senat ein der Abkommen ablehne.  
Trotz alledem ist die Opposition unter der Führung der  
Senaatoren Vorah und Lodge so stark geblieben, daß die not-  
wendige Zweidrittelmehrheit für die Annahme der Ab-  
kommen möglicherweise nicht erreicht wird. Zweifellos hat  
deshalb diese Gefahr vorausgesehen und hat für die Tage  
dieser bedeutenden Entscheidung eine Zerpfählung seiner  
Kräfte, wie sie die gleichzeitig vor sich gehende Weltwirt-  
schaftskonferenz bedingt hätte, vermeiden wollen.

Den Ausschlag für die amerikanische Ablehnung hat aber  
ganz entschieden die völlig einseitige Anprägung des ur-  
sprünglichen Konferenzgedankens gegeben. Eine Weltwirt-  
schaftskonferenz sollte in Genoa stattfinden, die die Kran-  
kheiten des allgemeinen Wirtschaftslebens befeitigte. Den  
Teilnehmern vorzuziehen aber ist es gelungen, eine vornehmend  
politische Konferenz daraus zu machen. Die Grundidee der  
wirtschaftlichen Berichterstattung, die deutschen Reparationslei-  
stungen und die Friedensverträge, sind nach der englisch-fran-  
zösischen Vereinbarung aus dem Genueser Programm aus-  
gemerzt worden. Wie ohne deren Erörterung ein heiliger  
Ausweg aus den Wicklungen der Inflation und des Welt-  
kredits gefunden werden kann, weiß kein Weisheits-  
besitzer der menschlichen Zergewalt, dessen Märkte sie der Welt  
schuldbildig bleiben werden; ja, es ist überhaupt ein Rätsel, was  
mit einer Konferenz, die auf Grund eines von vornherein  
in unmöglicher Weise beschriebenen Programms unter Aus-  
schaltung der wichtigsten Weltmacht veranlassen ist, er-  
reicht oder geleistet werden soll.

Nach Amerikas Abgabe ist Genoa endgültig zur Erfolgs-  
losigkeit verurteilt, und alle Vorbereitungen, die unter diesen  
Umständen noch getroffen werden, erübrigen sich eigentlich  
von selbst. Je schneller diese Einigkeit in Paris und London  
zum Durchbruch kommt, desto besser für die wirtschaftliche  
Notlage Europas und der Welt, um so eher kann auch an  
die Vorbereitung einer weltlichen Konferenz aller  
wirtschaftlich kranken Länder herangegangen werden. Und  
dass eine solche in absehbarer Zeit bereits erfolgen muß,  
darüber braucht kaum ein Wort verloren zu werden. Nach-  
dem sich selbst in den wirtschaftlich am besten indizierten  
Siegerländern immer mehr Erbitterungen geltend, die dar-  
auf hinweisen, daß auch diese Länder unter dem Druck einer  
allgemeinen Weltwirtschaftskrise leiden. Die Arbeitslosigkeit  
in England und Amerika nimmt mit der Zeit eine Aus-  
dehnung an, wie sie niemals, auch nach dem Kriege nicht,  
vorhanden gewesen ist. Dazu kommt die sich immer ver-  
stärkende Abwanderung. Mittel- und Ostasien sind  
gänzlich lausungslos geworden, so daß ganz ausgedehnte  
amerikanische und englische Industriewerke ihre Produktion  
einstellen müßten. Man schreibt aus Südamerika, daß  
große Schafzüchter ihre Herden abblachten, weil sie für  
die Wolle keine Abnehmer mehr finden und aus diesem  
Grunde nicht einmal die geliebten Mittel zum Scheren der  
Schafe anbringen können.

Diesem allgemeinen wirtschaftlichen Verfall kann nur  
Einigkeit geboten werden, wenn endlich allenthalben in den